



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission
vom: 31. März 2014
zur Vorlage Nr.: [2014-060](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2011/278](#) von Landrätin Marie-Theres Beeler, Grüne Fraktion, vom 22. September 2011 betreffend Klimafolgenbericht für den Kanton Basel-Landschaft**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2014/060

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Postulat [2011/278](#), Klimafolgenbericht für den Kanton Basel-Landschaft

vom 31. März 2014

1. Ausgangslage

Am 29. März 2012 überwies der Landrat das Postulat [2011/278](#) und bat damit den Regierungsrat, einen Klimafolgenbericht als langfristiges Planungsinstrument zu erstellen. Entsprechend dem Vorbild aus Basel-Stadt sollen damit die Schäden des Klimawandels eingedämmt und bewältigt werden.

In seiner Antwort vom 4. Februar 2014 legte der Regierungsrat dar, wieso er es nicht für opportun hält, einen solchen Bericht zu erstellen: In erster Linie sei der Klimawandel ein globales Problem. Dennoch habe er dessen Bedeutung anerkannt und ihn als einen von sieben Schwerpunkten in seine strategische Planung aufgenommen. Im Weiteren skizzierte die Vorlage die ergriffenen Schritte auf Bundesebene (Strategie des Bundesrats) und die Mitarbeit des Kantons Baselland bei der Erstellung entsprechender Dokumente. Vor allem aber wies die Vorlage aus, wie Fragen zum Thema Klimawandel im Regierungsprogramm berücksichtigt worden sind. Im Sinne einer Auslegeordnung wurden in weiteren Kapiteln Kooperationen und Strategien von Baselland in den Bereichen Energie, Wasser und Luft angeführt. Aufgrund dieser zahlreichen Aktivitäten des Kantons zu Klimafragen und der formalen Erfüllung des Postulats 2011/278 beantragte der Regierungsrat, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Für Details wird auf [die Vorlage selbst](#) verwiesen.

2. Beratung durch die UEK

Die UEK behandelte diese Vorlage nach deren Überweisung durch das Büro des Landrats am 13. Februar 2014 an ihrer Sitzung vom 17. März 2014. Unterstützt wurde sie in ihren Beratungen durch Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), Michael Köhn, Generalsekretär der BUD, und Alberto Isenburg, in der BUD Leiter des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE).

Mit der einleitenden Präsentation hob die BUD die wichtigsten Punkte aus den einzelnen Kapiteln der Vorlage hervor. Bei der Strategie des Bundesrats verwies man auf einen Aktionsplan mit 67 Massnahmen in Bereichen, die vom Klimawandel betroffen sind, und auf die Kosten, die durch die Umsetzung dieser Massnahmen zu erwarten seien. Aufgrund der bereits bestehenden Dokumentationen wiederholte man abschliessend den Antrag zur Abschreibung des Postulats.

Grundsätzlich wurde von der UEK anerkannt, dass die Vorlage viele Hinweise auf vorhandene Dokumente liefere. Teile der UEK monierten ihrerseits aber genau diesen Punkt: Es bestehen zwar viele Detailansichten, aber im Sinne des Postulats keine Gesamtschau, die eigentlich dank der vorhandenen Studien möglich erscheint. Damit könnten Zusammenhänge, Ziele und Koordination aufgezeigt werden. Weiter zeigte man sich allgemein enttäuscht, dass die als globales Problem erkannten Folgen nicht im Sinne von Massnahmen auf regionale und lokale Ebene übersetzt wurden, obwohl gewisse Grundlagen dafür vorhanden wären. Gleichzeitig konnte aus den Reihen der UEK über regionale Wasserstrategien im Oberbaselbiet berichtet werden, die in Erarbeitung seien, was zeige, dass die Gemeinden in dringenden Fragen selbständig aktiv sein können. Auch wurde vorgeschlagen, das Regierungsprogramm als Instrument zu verwenden, mittels welchem die vorhandenen Berichte evaluiert und eingeordnet werden könnten.

Von Seiten BUD wurde in der Folge insbesondere auf die beschlossene [Wasserstrategie](#) hingewiesen, in deren Folge vom Regierungsrat bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei. Die UEK wird sich diesbezüglich auf den neuesten Informationsstand bringen lassen.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

3. Detailberatung

3.1 Beschluss der UEK

://: Die UEK spricht sich mit 10:2 Stimmen für Abschreibung des Postulat 2011/278 aus.

4. Antrag an den Landrat

://: Die UEK empfiehlt dem Landrat, das Postulat [2011/278](#) auf der Basis der Vorlage [2014/060](#) abzuschreiben.

Pratteln, 31. März 2014

Im Namen der Umweltschutz- und Energiekommission
Der Präsident: Philipp Schoch